

Editorial	2	Eidg. Abstimmung	7	Ortsparteien	13
Aus dem Ständerat	3	Kanton Luzern	11	Junge SVP	14
SVP Schweiz	5	«Auf ein Bier, mit Dir»	12	Kalender	16

# GEFÄHRLICHES SPIEL MIT DER



Infos über die  
SVP Kanton Luzern:  
[www.svplu.ch](http://www.svplu.ch)

Nicht Umsetzung  
der MEI.

3



Kundgebung  
in Bern.

6



Abstimmungen.

7





## EDITORIAL

### Geschätzte Parteifreunde

Ein spannendes Politjahr 2017 steht uns bevor. Egal ob die Abstimmung zur wichtigen Unternehmenssteuerreform III, das Referendum gegen die erneuten Steuererhöhungen im Kanton Luzern oder die Bestrebungen in Bern den eigenständigen und unabhängigen Weg der Schweiz zu untergraben – es stehen uns viele Herausforderungen bevor!

Und obwohl wir eigentlich in den Parlamenten komfortable bürgerliche Mehrheiten haben, entscheiden die anderen Parteien oft gegen den Willen von Volk und Ständen. So wie wir dies bei der Nicht Umsetzung der Masseneinwanderungs-Initiative leider schmerzhaft vor Augen geführt bekommen haben.

Für die SVP bedeutet dies auch in diesem Jahr erneut, dass uns kein anderer Weg übrig bleibt, als Entscheide des Parlaments und der Regierung mit Initiativen und Referenden vor's Volk zu bringen. Zum Glück hat in diesem Land das Volk das letzte Wort! Und wir müssen Sorge tragen, dass dies so bleibt.

Für die SVP ist es deshalb auch im neuen Jahr von grosser Bedeutung, dass wir Initiativ- und referendumsfähig bleiben.

Ich danke euch allen schon jetzt für eure stets tatkräftige Unterstützung bei Unterschriftensammelaktionen, bei Abstimmungskampagnen, Plakatieraktionen oder Organisationen von Abstimmungs- und Parteiveranstaltungen. Das intensive Engagement für unsere Anliegen ist enorm wichtig und eine der grossen Stärken der SVP. Lasst uns dafür sorgen, dass es so bleibt. Resignation und Gleichgültigkeit hat keinen Platz. Die grossen Probleme in unserem Land müssen wir gemeinsam mit einer beharrlichen Nachhaltigkeit angehen und lösen.

In diesem Sinne wünsche ich uns allen ein erfolgreiches Politjahr und freue mich euch bei hoffentlich vielen Gelegenheiten wieder persönlich zu treffen.

Franz Grüter,  
Präsident SVP Kanton Luzern, Nationalrat

### Impressum SVP Kurier, Mitteilungsblatt der SVP des Kantons Luzern

Erscheinungsweise: ¼-jährlich  
Grafik/Layout: erni medien GmbH, 6014 Luzern-Littau / www.ernimedien.ch  
Druck: ZT Medien AG, Zofingen  
Auflage: 3'300 Exemplare  
Anzeigenverwaltung, Kontaktadresse, Redaktion:  
Roland Staub, 6123 Geiss, kurier@svplu.ch

Für den Inhalt der Beiträge zeichnet sich ausschliesslich der Autor verantwortlich; es ist der Redaktion vorbehalten, Beiträge zu kürzen oder von der Veröffentlichung auszuschliessen.

**Adressänderungen sind an Ihre Ortspartei zu melden oder an das kantonale SVP-Sekretariat (sekretariat@svplu.ch, Tel. 041 250 67 67). Die Redaktion kann keine Adressmutationen vornehmen!**

## Von der Masseneinwanderungs-Initiative zum Arbeitslosen-Vorrang

**In der Wintersession wurde das Geschäft Inländervorrang light im Ständerat behandelt. Eine absurde Angelegenheit, wenn man bedenkt, dass es ja eigentlich um die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative (MEI) hätte gehen sollen.**

Verschiedene Parteien und Ständeräte bastelten an einem Inländervorrang herum, als ob es sich bei der Umsetzung lediglich um eine «RAV-Abstimmung» handeln würde. Der Inländervorrang ist für den schweizerischen Arbeitsmarkt sehr wichtig, aber es geht noch um viel mehr. Bei diesem Artikel geht es darum, dass die Schweiz generell die Zuwanderung eigenständig mit Höchstzahlen und Kontingenten steuern will, sowie um Anspruch auf dauerhaften Aufenthalt, auf Familiennachzug und Sozialleistungsregelungen.

Ausländische Arbeitskräfte wären für die Sozialwerke wohl das geringste Problem. Was nun aber daraus geworden ist, versteht wohl kein normaler Bürger. Der Inländervorrang light gehe für die EU noch zu weit. Aus einer Initiative, welche die Schweiz und Bürgerinnen und Bürger aus der Schweiz nützen und schützen sollte, wurde ein Arbeitslosen-Vorrang-Gesetz, welches hauptsächlich den Bürgern aus den EU-Staaten Vorteile schafft. So kann sich nun ein Ausländer bei der RAV registrieren lassen und muss zwingend von einem Unternehmer in der Schweiz interviewt werden. Damit nicht genug – Zum Schluss wurde die Personenfreizügigkeit auf Kroatien ausgedehnt. Kein Wunder, dass uns hier die EU gratuliert. Von einer eigenständigen Regulierung von Einwanderungen keine Spur mehr.

Die Bevölkerung des Kantons Luzern hat am 9. Februar 2014 mit 53.3%

der Masseneinwanderungsinitiative zugestimmt. Das dies die richtige Entscheidung war, zeigen die Prognosen von LUSTAT, die im Kanton Luzern ein weiteres Bevölkerungswachstum bis 2045 auf 495'000 Einwohner prognostiziert.

Als Ständeräte für den Kanton Luzern wurden die Herren Konrad Graber von der CVP und Damian Müller von der FDP vom Luzerner Volk gewählt. Somit hätten die beiden den Auftrag gehabt, den Volkswillen des Kantons Luzern zu vertreten. Nach der Abstimmungsanalyse darf man sich wenigstens bei Ständerat Damian Müller bedanken. Solange es ging, hat er für die Lösung der SVP und somit für die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger abgestimmt. Herzlichen Dank im Namen der Mehrheit!

Redaktion SVP Kurier



## AUS DEM STÄNDERAT

### Der Ständerat und die Umsetzung der MEI



## «Es war deprimierend. Nach dem Volkswillen wurde nicht mal gefragt!»

**Peter Föhn, Ständerat Schwyz**

*Kurier: Wenn man die Auftritte von Ihnen in den Medien verfolgte, stellte man einen sehr emotionalen Ständerat Föhn fest. Wie geht es Ihnen heute?*

**Peter Föhn:** Nun also heute geht es mir natürlich wieder besser. Aber während der Debatte und kurz darauf war ich schon recht niedergeschlagen. Es war deprimierend, dass bereits in der Kommission, lediglich die Frage gestellt wurde, ob man das Freizügigkeitsabkommen einhält oder nicht. Man hat aber nie nach der Bundesverfassung und schon gar nie nach dem Willen des Volkes gefragt. Man hat sich einer ausländischen Organisation unterworfen. Das ist das deprimierende am Ganzen.

*In beiden Kommissionen, Nationalrat wie auch mit Ihnen in Ständerat, wird das Geschäft von der SVP präsidiert. Wie gross war im Vorfeld ihr Einfluss. Gab es bereits vorgängig Diskussionen?*

Ja es ist schon sehr speziell, dass

ich gerade in dieser Kommission Präsident bin. Ich wollte dieses Amt eigentlich nicht. Uns von der SVP stand aber ein Präsidium zu. Es stand aber nur ich zur Verfügung, welcher diese SPK übernehmen konnte, oder halt übernehmen musste. Als Präsident ist es eher nachteilig als von Vorteil. Die Hauptaufgabe als Präsident heisst leiten und führen. Politischen Einfluss hat der Präsident in den Kommissionen wenig. Ich habe von Anfang an gesagt, dass ich als Ständerat den Kanton Schwyz vertrete. Und genau dieser Kanton hat die MEI zu zweidrittel angenommen. Zusätzlich erschwerend war natürlich, dass ich als SVP Vertreter alleine in dieser Kommission bin.

*Zwischen den beiden Sessionen wurde vor allem über die Schärfe des Inländervorrangs gesprochen. Es ging bei der Umsetzung des Artikel 121a aber noch um mehr oder?*

Der Inländervorrang ist ja im Initiativtext auch eher ein Neben-

schauplatz. Klar ist es wichtig und richtig, dass man Arbeitslose in den Arbeitsprozess integriert, statt Ausländer zu holen. Ich habe vorgeschlagen, dass mit der EFTA und der EU die gleichen Prozesse eingehalten werden sollen, wie mit den Drittstaaten. Auch da haben wir Kontingente. Seit 2007 steigt die Einwanderung massiv. Mit 80'000 Zuwanderer im Jahr, ist das ein halber Kanton Schwyz. Das verkraftet ein kleines Land wie die Schweiz auf die Dauer nicht.

*In meiner Schulzeit hat der Lehrer gesagt, dass im Ständerat die vernünftigen und intelligenten Politiker sitzen. Hat sich da was geändert?*

(lacht) Na ja das wird vielleicht so nach aussen projiziert. Aber was heisst schon vernünftig. Ich wiederhole mich gerne. Man will sich nun einfach der EU unterwerfen. Man untergräbt hier was Einzigartiges, was auf der Welt sonst nicht vorkommt, und das ist die direkte Demokratie. Hier stellt man das Freizügigkeitsabkommen über

## Aus der Redaktion

**Bereits ist das Jahr 2016 Vergangenheit und wir stehen schon mitten in neuen Herausforderungen. Was hat uns das alte Jahr gebracht und wohin geht die Reise?**

Diese Frage stellte ich mir für die SVP Kanton Luzern und für die SVP Schweiz. Zwei Gemeinsamkeiten fielen dabei auf. SVP Kanton Luzern und SVP Schweiz sind die wählerstärksten Parteien. Wenn es aber um Kernthemen wie Steuern, Asyl, Kriminalität und Flüchtlingsfragen geht, steht die SVP alleine da. Wichtige Abstimmungen gehen verloren. Es fehlt in den wichtigen Themen an Allianzen. Woran liegt das? Ist es der oft genannte Populismus und die Polarisierung, welcher unbestritten die Themen beim Namen nennt? Könnte es aber auch dieser Politstil sein, der andere Parteien dazu bewegt, möglichst keine Allianzen einzugehen? Wahrscheinlich würde die Schweizerische Volkspartei weniger Populismus betreiben, wenn die anderen Parteien bevorstehende Gefahren für die Schweiz realistisch einstufen könnten. Solange es aber heisst, dass wegen den «wenigen» potentiellen Terroristen in der Schweiz kein Handlungsbedarf bestehe, muss weiterhin deutlich gesprochen werden.

Es scheint eine Gratwanderung zwischen Parteipolitik und Vernunft zu sein. Solange diese Fragen unbeantwortet bleiben, könnten weitere Abstimmungen verloren gehen. Dies würde nicht nur der SVP schaden, sondern lässt eine Weiterentwicklung von Kanton und Staat nicht zu. Was ist zu tun? Diese Fragen müssen wir uns stellen, sollten wir uns weiter im Sinne einer gesunden und vor allem eigenständigen Schweiz fortbewegen wollen.

In den nächsten Ausgaben würde die Redaktion gerne Reaktionen und Ideen von Ihnen publizieren. Getrauen Sie sich und schreiben Sie der Redaktion auf [kurier@svplu.ch](mailto:kurier@svplu.ch). In diesem Sinne wünsche ich allen Leserinnen und Leser des «SVP Kuriers» ein interessantes, spannendes und gesundes 2017.

Ihr Roland Staub,  
Chefredaktor  
SVP Kurier





die Bundesverfassung. Der Volksauftrag wurde nicht umgesetzt und selbst aus der Justiz kommen Stimmen. Wir hatten das Europarecht, das Staatsrecht und die Richter angehört. Zwei davon haben uns dringend davon abgeraten dies zu tun. Es würde ein Präjuziz geschaffen.

Danach würden immer internationale Verträge über der schweizerischen Bundesverfassung stehen. Das ist nicht akzeptierbar. Ein internationaler Vertrag darf einer Volksinitiative nie im Wege stehen. Um Ihre Frage zu beantworten; Das kann ja nicht vernünftig sein.

*Darf der Ständerat oder auch der Nationalrat einen Artikel so verändern? Über Textpassagen aus der Initiative wurde nicht mal abgestimmt*

Noch besteht dieser Artikel in der Bundesverfassung. Da fehlt kein einziges Koma. Das Volk hat dazu ja gesagt. Entweder muss der Artikel jetzt umgesetzt werden, was die SVP und viele an-



*Das allerletzte Mittel ist tatsächlich die Kündigung vom FZA.*

*Zuerst müssen wir aber schauen, dass der Verfassungsartikel umgesetzt wird.*

*Die CVP hat neben der FDP verschiedene Vorstösse gemacht. An der Schlussabstimmung im Nationalrat hat sich dann die ganze CVP geschlossen enthalten. Was halten Sie davon?*

Man muss da natürlich die Geschichte etwas näher anschauen. Als Präsident dieser Kommission habe ich gesehen wie das abläuft. Einerseits kam Phillip Müller mit einem Antrag zu mir und hat wirklich offen gesagt, dass er mit einem Konzept kommen werde. Ich antwortete ihm, dass ich mit dem SVP Konzept kommen werde. Das heisst, ich versuchte nur das wichtigste des

treten. Die CVP hatte einen einzigen Grund sich der Stimme zu enthalten. Sie wollen keine Verantwortung übernehmen.

*Die Gegner verlangen von der SVP Schweiz, dass sie das Referendum ergreifen soll. Nun geht man davon aus, dass das Referendum nicht ergriffen wird. Nachvollziehbarer und kluger Entscheidung oder ist es doch eine Kapitulation gegenüber den Gegnern?*

Nein das ist ein sehr weiser Entschluss, dass das Referendum nicht ergriffen wird. Ansonsten würde es wieder vors Volk kommen. Würde das Volk dann nein sagen, wären wir wieder bei der

*Nun hat aber die AUNS die Volksinitiative für eine Kündigung der Personenfreizügigkeit angekündigt. Wie stehen Sie dazu?*

Das allerletzte Mittel ist tatsächlich die Kündigung vom FZA. Zuerst müssen wir aber schauen, dass der Verfassungsartikel umgesetzt wird. Wenn das nicht passiert, müssen wir den Gegenvorschlag vom Bundesrat ablehnen und die FZA kündigen.

*Wäre es nicht besser gewesen, wenn sich die AUNS und die SVP abgesprochen hätten?*

Das wäre bestimmt besser gewesen. Aber es ist auch nicht negativ zu bewerten, wenn es von der Seite der AUNS kommt. Die AUNS ist eigenständig und hat das Recht sich zu äussern und sich zu positionieren.

*Nach den Nationalratswahlen sprach man von einem bürgerlichen Schulterschluss zwischen SVP und FDP. Der Bürger spürt davon momentan gar nichts. Gibt es ausserhalb der MEI doch noch Gemeinsamkeiten?*



dere Kantone auch wollen. Oder dann müsste die Bundesverfassung wieder angepasst werden. Nun steht die RASA Initiative und der Gegenvorschlag des Bundesrates an. Dann kommt es wahrscheinlich so heraus, dass dieser Gegenvorschlag einigermaßen diesem neuen Gesetzestext entspricht. Da müssen wir dann wieder die Kraft haben, zu diesem Artikel nein zu sagen. Das Volk hat am 9. Februar 2014 zum Artikel 121a zugestimmt. Und dieser Artikel gilt es umzusetzen und kein anderer.

Verfassungsauftrages umzusetzen. So hatten wir also zwei Konzepte auf dem Tisch. In letzter Minute merkte die CVP, dass sie von den Medien nicht beachtet werden und abseits stehen. So haben sie Abänderungsanträge gestellt, um so auch noch zu einem eigenen Konzept zu kommen. Man wusste aber, dass sich die CVP schlussendlich der FDP anschliessen werde. Das man sich aber bei einer so wichtigen Frage der Stimme enthält ist tragisch. Keine Meinung zu haben ist schlimmer als eine falsche Meinung zu ver-

alten Gesetzgebung und das wollen wir ja nicht.

Sagt das Volk aber ja zu der neuen Gesetzgebung, dann gilt das neue Gesetz. Das Volk müsste also zwischen zwei Gesetzesvorlagen abstimmen. Aber nicht mehr über die ursprüngliche Vorlage vom 9. Februar 2014.

Die Parteien wären dann nicht mehr in der Verantwortung, da das Volk entschieden hat. Sehr klug ausgedacht, aber sicher nicht fair.

Bei der MEI hat die FDP tatsächlich eine miese Rolle gespielt. Wir finden aber bei anderen Geschäften immer mal wieder Mehrheiten mit der FDP. Dank der FDP konnten wir das Budget massiv reduzieren. Der Schulterschluss ist da, aber natürlich nicht überall. Das ist leider in der Politik nun mal so.

Selbstverständlich müssten die bürgerlichen Parteien noch mehr miteinander marschieren.

Interview: Roland Staub

## SVP SCHWEIZ

# Schaltzentrale AUNS – Nach Brexit folgt «Schwexit»?



## Jetzt sind wir gefragt: Der Auftrag der AUNS

«Kampf für die direkte Demokratie der Schweizerischen Eidgenossenschaft durch Stärkung der politischen Freiheitsrechte des Volkes» steht in der Gründungsurkunde der AUNS geschrieben. Wer das Trauerspiel zur Nicht-Umsetzung der Masseneinwanderungs-Initiative beobachtet, merkt schnell: Wir laufen Gefahr, unsere grössten Errungenschaften, unsere politischen Freiheitsrechte, ganz zu verlieren und damit die Eigenständigkeit und Souveränität preiszugeben – Souveränität im Sinn von: Das Volk ist die oberste Instanz. Deshalb: Die direkte Demokratie ist nicht verhandelbar. Politische Entscheidungen müssen unter diesem Aspekt beurteilt werden. Dafür hat die AUNS zu sorgen. Nur wer das Stimmvolk hinter sich weiss, kann im Interesse der Schweiz handeln! Gegen die Demokratie agieren im Hintergrund sowohl SP als auch FDP. Während des 19. Jahrhunderts mussten ländlich geprägte Volksbewegungen den damaligen politischen Eliten jegliches Mitspracherecht mühsam abringen. Schon damals warnten vor allem FDP-Kreise vor einer «Pöbelherrschaft». Diese Kreise malten, falls die Kantone und der Bund die direkte Demokratie einführen



würden, bezüglich der wirtschaftlichen Entwicklung der Schweiz den Teufel an die Wand. Trotzdem vermochten mit der Zeit Volksbewegungen im Zuge langer politischer Kämpfe in allen Kantonen und auch auf Bundesebene die direktdemokratischen Instrumente der Initiative und des Referendums durchzusetzen. Tatsächlich konnte die Schweiz im Laufe des 19. Jahrhunderts gerade mit Hilfe der direkten Demokratie ein sehr erfolgreiches Wirtschaftsmodell aufbauen. Ohne Volksrechte hätte der Politik-Filz die Schweiz wohl längst nach Brüssel verkauft. Doch das scheint längst vergessen. Selbst die SVP verharrt in der Schockstarre. Nun müssen auf die Worte auch Taten folgen. Und die AUNS wird etwas tun. Wichtig ist, dass 2017 Bundesrat und Parlament endlich Volksentscheide umsetzen, statt sie weiter zu verwässern. Zwecks Umsetzung der Volksentscheide wollen wir jetzt eine Volksinitiative lancieren. Nur so kann verhindert werden, dass aus der bewährten Schweizer Direktdemokratie eine diktierte Scheindemokratie wird. Können wir auf Ihre Unterstützung zählen?

Nationalrat Lukas Reimann,  
Präsident der AUNS

## Grundübel «EU-Hörigkeit» und Freizügigkeit müssen weg

Die AUNS muss eine eidgenössische Volksinitiative zur Wiederherstellung der demokratischen Ordnung lancieren. Gleichzeitig muss sichergestellt werden, dass keine weiteren Abkommen abgeschlossen werden, die eine eigenständige, souveräne Zuwanderungspolitik verhindern. Der Freihandel ohne Einbezug der Landwirtschaft und ohne grenzenlose Zuwanderung muss das Ziel der Schweiz sein. Die Larifari-Politik und EU-Hörigkeit in Bundebern muss ein Ende haben.

- Am 9. Februar 2014 haben Stimmvolk und Kantone an der Urne beschlossen, dass die eigenständige, souveräne Steuerung der Zuwanderung ein Verfassungsziel sein muss.
- Bundesrat und Parlament sind nicht gewillt, den zuständigen Verfassungsartikel 121a umzusetzen.
- Der Bundesrat und seine EU-philinen Unterhändler haben es nicht geschafft, mit Brüssel eine Anpassung des Freizügigkeitsabkommens auszuhandeln.
- Der vom Parlament beschlossene «Inländervorrang» beziehungsweise «EU-Vorrang» ist Augenwischerei und verletz im Kern das Verfassungs-

ziel einer eigenständigen Zuwanderungspolitik.

- Der vom Bundesrat ausgearbeitete Gegenvorschlag zur Rasa-Initiative (Rasa will Artikel 121a löschen) wird das Verfassungsziel ebenfalls nicht erfüllen.
- Die Personenfreizügigkeit nützt nur den Grosskonzernen. Immer mehr über fünfzigjährige Schweizerinnen und Schweizer werden für billigere EU-Arbeitskräfte auf die Strasse gestellt. Statt eigene junge Leute auszubilden, holt man «kostengünstigere» junge Arbeitskräfte aus dem Ausland.
- Die EU-Staaten werden die Bilateralen I ohne Personenfreizügigkeit fortsetzen (Abkommen über Luftverkehr und Strassentransit sind im Interesse der EU-Staaten). Deshalb lassen wir uns von den Propagandisten der Wirtschaftsverbände nicht einschüchtern.

Wir haben genug von der ewigen Kuscherei vor Brüssel, die uns erpressbar macht und Schweizer Interessen verrät.

Werner Gartenmann,  
Geschäftsführer der AUNS

## SVP Luzern TV – das Internetfernsehen der SVP Kanton Luzern

Der Moderator des SVP Luzern TV Roland Staub im Gespräch mit dem SVP Kantonalpräsident und Nationalrat Franz Grüter.

In regelmässigen Abständen greift die SVP Kanton Luzern im SVP Luzern TV brisante und ak-

tuelle nationale und kantonale Themen auf – so, wie Sie Ihnen die Massenmedien verschweigen!



Seit Mai 2013 1 x pro Monat!  
Ungefiltert und direkt!

[youtube.com/svpkantonluzern](https://www.youtube.com/svpkantonluzern)



# Schuhe schnüren, der Marsch beginnt

Am 15. Oktober 2016 wurde das bürgerliche Komitee Brennpunkt Schweiz gegründet um die Kundgebung «Wir sind Direkte Demokratie» zu organisieren. Das Komitee zählt fünf Mitglieder aus verschiedenen Kantonen. Unterstützung erhält sie unter anderem von der AUNS.

Die fünf Mitglieder, bestehend aus Präsident Markus Holzer TG, Mario Bachmann SG, Nils Fiechter BE, Anian Liebrand ZH und Roland Staub, LU trafen sich in Würenlos und haben das Komitee gegründet. Unterstützt und beraten wurden sie von Geschäftsführer der AUNS, Werner Gartenmann. Themen wie Konzept, Datum, Mobilisierung, Sicherheit etc. wurden besprochen. Ziehen Sie die Schuhe an, der Marsch beginnt.

## Darum müssen wir auf den Bundesplatz

Seit einiger Zeit spielen im Ständerat und im Nationalrat die FDP und die CVP mit eigenen Regeln, obschon das Reglement vom Volk und den Ständen vorgegeben wurde. Nun haben wir genug! Das nationale Komitee «Brennpunkt Schweiz» hat von der Stadtbehörde grünes Licht bekommen. Der Termin auf dem Bundesplatz wurde von der Sicherheitsdirektion bestätigt. Nationalrat, Ständerat und Bundesrat nehmen Volksentscheide nicht mehr ernst. Die Bundesverfassung wird nicht mehr respektiert. Bundesgerichtsentscheide werden vom europäischen Gerichtshof korrigiert. Die direkte Demokratie ist das grösste Gut der Eidgenossen-



schaft und trägt massgebend zum sozialen und wirtschaftlichen Frieden bei. Diese direkte Demokratie geht verloren. Das Volk hat nichts mehr zu sagen, die Bundesgerichtshöfe werden zu urteilsunfähige Institutionen deklassiert. Die Parlamentarier reissen die alleinige Macht an sich. Das können wir nicht akzeptieren. Darum findet am 18. März 2017 auf dem Bundesplatz Bern die Kundgebung «Wir sind Direkte Demokratie» statt. Eingeladen sind all jene, welche für die Werte der Schweiz eintreten wollen. Welche eine direkte Demokratie wichtig ist und welche, die auch in Zukunft über kantonale wie nationale Themen bestimmen wollen. Der Souverän ist das Volk, das müssen wir den National- und Ständeräten

wieder einmal klar machen. Das Komitee betont ausdrücklich, dass es hierbei nicht um eine parteipolitische, sondern um eine bürgerliche und volksgerechte Motivation handelt. Das Komitee wünscht sich zudem eine friedliche und gewaltfreie Kundgebung

Kurz nach der Bekanntgabe der Kundgebung äussert sich JUSO-Präsidentin Tamara Funciello gegenüber den Medien, dass hier dringend eine Gegenbewegung der Linken organisiert werden müsse. Das ist natürlich ihr gutes Recht. Doch zeigen die Linken nun ihr wahres Gesicht? Mit dieser Gegenbewegung würden sie gegen die direkte Demokratie demonstrieren.

## Das offizielle Bundesratsfoto 2017

«Ich wollte Nähe schaffen und die einzelnen Persönlichkeiten in den Vordergrund stellen», erklärt der Thuner Fotograf Beat Mumenthaler seine Absichten.

Wiedergibt diese Aufnahme nicht eher sinnbildlich die aktuelle politische Grosswetterlage in unserem Land? Gehen wir mit dieser unter «volkswillentinitus verfallener» Politik düsteren Zeiten entgegen?

Einzelne Bundesräte wurden tatsächlich durch ihre politische Arbeit zu Persönlichkeiten. Andere stellen sich hervorragend in den Vordergrund. Im Grossen und Ganzen stimmt dieses neue Bundesratsbild also für jeden Einzelnen.



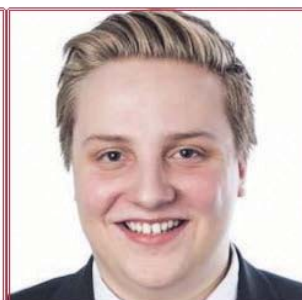
## Das Organisations-Komitee



Markus Holzer  
Thurgau



Marco Baumann  
St. Gallen



Nils Fiechter  
Bern



Anian Liebrand  
Zürich



Roland Staub  
Luzern

**Um die Sicherheit zu gewährleisten, sind wir auf Ihre Spende angewiesen. Vielen Dank!**

Bankverbindung: Konto 80-533-6, Migrosbank Zürich | IBAN: CH02 0840 1000 0607 5303 0 | zu Gunsten von: Verein Brennpunkt Schweiz, Salmsacherstrasse 25, 8590 Romanshorn

# EIDGENÖSSISCHE ABSTIMMUNG VOM 12. FEB. 2017

## Unternehmenssteuerreform III – Standortattraktivität steigern, KMU stärken

Noch im 19. Jahrhundert war die Schweiz das Armenhaus Europas. Im Gegensatz zu anderen Ländern verfügen wir über keine Rohstoffe, die wir aus der Umwelt gewinnen können. Den Wohlstand, den sich unser Land über Generationen erarbeitet hat, ist kein Geschenk des Himmels. Er ist entstanden durch Innovationen, mutige Unternehmer und vor allem gute staatliche Rahmenbedingungen. Dazu zählt insbesondere ein attraktives Steuerklima, welches international konkurrenzfähig ist. Teil dieser Attraktivität ist ein Steuersystem, das Holding- und Statusfirmen bis anhin in der Schweiz speziell besteuert hat.

Franz Grüter,  
Nationalrat, Präsident  
Finanzsubkommission 1



Schweizer Firmen und bisher sonderbesteuerte Firmen anzugleichen. Dafür bezahlt der Bund neu über 1,1 Milliarden Franken der direkten Bundessteuern zusätzlich an die Kantone. Diese Mittel können eingesetzt werden, um die Firmensteuern für alle Firmen auf das gleiche Niveau zu setzen. Das föderale Steuersystem bleibt dadurch weiter gewahrt. Für den Kanton Luzern bedeutet dies bei einer Annahme, dass der Kanton jährlich rund 31 Mio. Franken zusätzlich vom Bund erhalten wird. Da der Kanton Luzern bei den Unternehmenssteuern schon heute über einen tiefen Steuersatz verfügt, wird es deshalb bei uns nur einen geringen Handlungsbedarf geben die Steuern anzupassen, und der Kanton Luzern wird von der Reform auch finanziell stark profitieren. Andere Kantone werden aber die Steuern für Unternehmen stark senken müssen um bei der Angleichung die Domizilgesellschaften nicht zu verlieren.

Zusätzlich erhalten die Kantone weitere Instrumente, um die Attraktivität der Unternehmensbesteuerung zu erhöhen. Dazu gehört die Möglichkeit, Aufwände für Forschung und Entwicklung in der Schweiz von den Steuern abzuziehen zu können. Ebenso die Einführung einer zinsbereinigten Gewinnsteuer und einer Patentbox, in welcher Einnahmen aus Patenten neu attraktiver besteuert werden als bisher.

All diese Massnahmen werden dazu beitragen, den Wirtschaftsstandort Schweiz weiter zu stärken

[Weiter auf Seite 8](#)

## Die USR III sichert Arbeitsplätze in der Schweiz und so bleibt unser Land weiterhin international wettbewerbsfähig

Heute verfügt die Schweiz über rund 24'000 solcher Domizilgesellschaften, die insgesamt rund die Hälfte der Bundessteuern der juristischen Personen, also jährlich rund 5 Milliarden Franken Steuern zahlen. Bedenkt man, dass die Schweiz total rund 650'000 Firmen hat, so bezahlen diese 24'000 Firmen also einen enorm hohen Steueranteil. Diese Firmen beschäftigen in der Schweiz über 150'000 Mitarbeiter. Diese Sonderbesteuerung ist aber der EU, OECD und der G20 Staaten seit langem ein Dorn im Auge. Beliesse man das bisherige Modell, bestünde die Gefahr, dass grosse internationale Gesellschaften aus der Schweiz abwandern, da sie unter Druck kämen und ihre Erträge doppelt besteuern müssten. Dadurch würde die Schweiz riskieren, bis zur Hälfte der direkten Bundessteuern und zahlreiche Arbeitsplätze im Land zu verlieren. Der Wohlstand in der Schweiz wäre damit gefährdet.

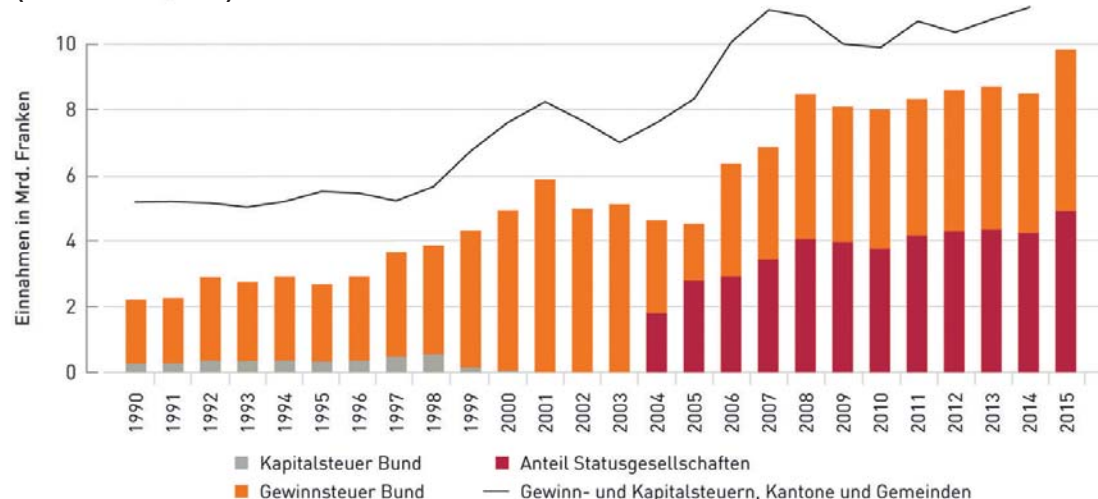
Die Unternehmenssteuerreform III

(USR III) hat das Ziel, die bisherigen Steuereinnahmen und Arbeitsplätze in der Schweiz zu sichern und gleichzeitig die Attraktivität der Unternehmensbesteuerung für Schweizer Firmen, KMU und die speziell besteuerten Unternehmen weiter auszubauen.

### Den Kantonen ergibt sich viel Handlungsspielraum

Was genau wird nun mit der USR III umgesetzt? Mit dieser Steuerreform wird den Kantonen eine Art Baukasten in die Hand gegeben, um die Unternehmenssteuern für

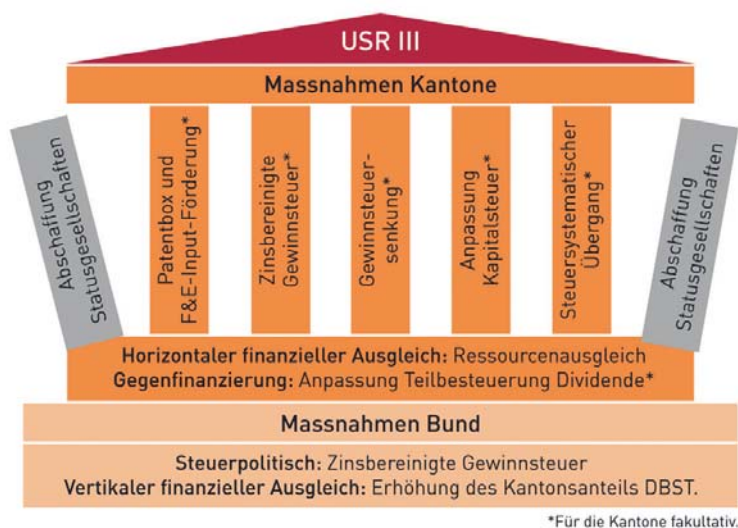
### Fiskalertrag der juristischen Personen (in Mrd. Franken) und Anteil Statusgesellschaften (bekannt seit 2004)



Quelle: Eidgenössische Finanzverwaltung (2016) – [www.economiesuisse.ch](http://www.economiesuisse.ch)



### Föderale Aufteilung der Reform



Quelle: economiesuisse, eigene Darstellung) – www.economiesuisse.ch

und die Gefahr der Abwanderung von Firmen zu minimieren. Arbeitsplätze werden dadurch gesichert und der Wohlstand in der Schweiz nicht gefährdet. Für das Schweizer KMU bedeutet dies je nach Kanton auch tiefere Unternehmenssteuern und die Sicherung vieler Arbeitsplätze in der Schweiz.

**Erinnern wir uns also daran was unser Land stark gemacht hat und tragen wir Sorge dazu, dass es weiter so bleibt. Legen Sie deshalb am 12. Februar 2017 ein klares JA zur Unternehmenssteuerreform III in die Urne. Danke!**

### Bundesbeschluss über die erleichterte Einbürgerung von Personen der dritten Ausländergeneration

## «Nein zur Verschleuderung des Schweizer Bürgerrechts»

von Nationalrat Gregor Rutz, Vizepräsident SVP Kanton Zürich

**Am 12. Februar stimmen wir darüber ab, ob der Schweizer Pass künftig noch leichter erhältlich sein soll. Nach der Totalrevision des Bürgerrechtsgesetzes von 2014 soll nun bereits die nächste Erleichterung folgen: Ausländern der dritten Generation sollen das Bürgerrecht erleichtert erhalten. Die Vorlage geht auf einen SP-Vorstoss zurück. Sie ist klar abzulehnen, denn bereits heute werden jedes Jahr über 40'000 Personen eingebürgert – immer mehr davon erleichtert.**

Ein schweizerischer Staatsangehöriger profitiert von umfassenden Rechten. Dazu gehören umfassende politische Mitwirkungsrechte in Bund, Kanton und Gemeinde, aber auch die Niederlassungsfreiheit, das Ausweisungsverbot usw. Umgekehrt ist der Schweizer Pass auch mit Pflichten verbunden, so z.B. der Militärdienstpflicht für Männer, der Feuerwehrrpflicht oder

der Mitwirkungspflicht im Wahlbüro. Namentlich aufgrund der umfangreichen Rechte, die damit verbunden sind, ist das Schweizer Bürgerrecht sehr begehrt – die Pflichten werden indessen immer weniger ernst genommen.

Nachdem die Schweiz 1990 noch knapp 6'200 Einbürgerungen zählte, waren es im Jahre 2000 bereits fast 30'500 Einbürgerungen.

# Highspeed



Schneller gehts immer!  
Jetzt auch im Kanton Luzern.

Surfen auf Glasfaser  
mit bis zu **1000 Mbit/s.**

Angebote und regionale Verfügbarkeit unter:  
**www.green.ch/internet**



0844 842 842

Hotline Montag–Freitag, 8–17.30 Uhr

AB CHF  
**49.-**  
PRO MONAT

**green.ch**  
Internet made in Switzerland



In den vergangenen 10 Jahren wurden über 410'000 Personen eingebürgert, davon alleine 2015 knapp 42'700. In den Jahren seit 2007 verzeichnete die Schweiz gleichzeitig eine Nettozuwanderung von 750'000 Personen. Die lasche und grosszügige Einbürgerungspraxis trägt also dazu bei, den Ausländeranteil künstlich tief zu halten.

### Bund erlässt Mindestvorschriften

Das Schweizer Bürgerrecht besteht aus Gemeinde-, Kantons- sowie eidgenössischem Bürgerrecht. Während der Bund gemäss Art. 38 BV Mindestvorschriften über die Einbürgerung erlässt, regeln die Kantone die Verfahrensabläufe selbständig. Auch bezüglich der Integrationskriterien erlässt der Bund lediglich Mindestvorschriften; die Kantone können weitere, strengere Integrationskriterien vorsehen.

Heute müssen Ausländer mindestens zehn Jahre in der Schweiz gelebt haben, bevor sie das Bürgerrecht beantragen können. Die



Jahre zwischen dem 8. und 18. Lebensjahr zählen schon heute doppelt – eine erhebliche Erleichterung für junge Ausländer. Die Prüfung der Einbürgerungsvoraussetzungen bei ordentlichen Einbürgerungen (Nieder-

lassungsbewilligung, Integration etc.) wird von Kanton und Gemeinde vorgenommen; massgebend ist das kantonale Recht. Währenddessen ist bei erleichterten Einbürgerungen der Bund direkt zuständig; Kanton oder Gemeinde haben lediglich ein Rekursrecht. Der Antragsteller muss sich nicht präsentieren, auch eine Abstimmung an einer Gemeindeversammlung findet nicht statt.

### Erleichterte Einbürgerung heute

Bereits heute können sich Ehegatten von Schweizern oder Auslandschweizern erleichtert einbürgern lassen. Die neue Bestimmung (Art. 24a BüG) sieht nun vor, dass auch erleichtert eingebürgert werden kann, wer in der Schweiz geboren und nicht älter als 25 Jahre ist, mindestens fünf Jahre die

obligatorische Schule in der Schweiz besucht hat und eine Niederlassungsbewilligung besitzt. Auch wenn kein Rechtsanspruch auf erleichterte Einbürgerung besteht, wird diese Regelung faktisch zu einem weiteren Anstieg der Bürgerrechtserteilungen führen.

Zudem bedeutet die vorliegende Verfassungsrevision einen Prinzipienwechsel. Bislang wurde in der Schweiz für den Erwerb des Bürgerrechts immer auf die Abstammung abgestellt (ius sanguinis). Neu soll plötzlich auch der Geburtsort eine Rolle spielen (ius soli), was überhaupt nicht dem schweizerischen Rechtsverständnis entspricht.

### Wer nicht will, dass die Masse der Einbürgerungen noch mehr zunimmt, sagt am 12. Februar Nein zur erleichterten Einbürgerung der dritten Generation.

Nationalrat Gregor Rutz,  
Vizepräsident SVP Kanton Zürich

## Interview mit Nationalrat Gregor Rutz, Vizepräsident SVP Kanton Zürich

*Redaktion: Ein Ausländer, der sechs Jahre lang in einem ehelichen Verhältnis mit einer Schweizerin gelebt hat, kann sich erleichtert einbürgern lassen, ohne je in der Schweiz gewohnt zu haben. Eine in der Schweiz geborene Person hingegen, die seit Jahrzehnten hier lebt und perfekt integriert ist, darf kein Gesuch für eine erleichterte Einbürgerung stellen. Stimmen unsere Einbürgerungsgesetze noch?*

**Gregor Rutz:** Die SVP hat sich immer für klare und einfache Regelungen eingesetzt. Je mehr Ausnahmen man schafft, umso unübersichtlicher – und mitunter auch ungerechter – werden Gesetze. In Bezug auf die Einbürgerungspraxis ist in erster Linie festzuhalten, dass es in der Schweiz relativ einfach ist, einen Pass zu erhalten. Die Zahlen – über 40'000 Einbürgerungen pro Jahr – sprechen hier eine deutliche Sprache. Vor diesem Hintergrund sind weitere

Erleichterungen sicher nicht angebracht.

*Es reicht also, dass entweder ein Grosseltern- teil in der Schweiz geboren wurde, oder mindestens ein Aufenthaltsrecht besessen hatte. Das Ausländerregister wird erst seit 1972 geführt. Wer steht im Falle eines nicht nachgewiesenen Aufenthaltsrechts in der Beweispflicht?*

In der entsprechenden Gesetzesänderung ist nicht von einer Beweispflicht die Rede; es genügt, wenn man «glaubhaft» machen kann, dass ein Grosseltern- teil ein Aufenthaltsrecht erworben hat.

*Die Anforderungen für eine erleichterte Einbürgerung sind definiert. Gehört eine gute Integration zum*



*Beispiel in den Arbeitsprozess, oder ein guter Leumund nicht zu den Anforderungen? In Deutschland wächst die Hartz 4-Generation heran. Eine Generation, die mit staatlicher Unterstützung erzogen und aufgewachsen ist.*

Grundsätzlich beziehen sich die Kriterien auf den Einbürgerungskandidaten. Es geht ja um seine Einbürgerung und nicht um jene der Eltern oder Grosseltern.

*Ist das ein weiterer Gang, weg von Föderalismus zur Zentralisierung? Bei der KESB hat man doch genügend negative Beispiele der Zentralisierung erleben müssen.* Der Einbürgerungsentscheid oblag ursprünglich den Kantonen.

Noch heute erlässt der Bund lediglich Regelungen bezüglich Mindestanforderungen. Die erleichterte Einbürgerung hingegen ist Bundessache. Insofern ist es richtig, von einer gewissen Zentralisierung zu sprechen.

*Potenziell sind es etwa 6'000 Ausländerinnen und Ausländer pro Jahr, die von dieser neuen Regel profitieren könnten?*

Gemäss der Übergangsbestimmung (Art. 51a) zum Gesetz, können Ausländer, welche die gesetzlichen Kriterien erfüllen und das 35. Altersjahr noch nicht vollendet haben, während 5 Jahren nach Inkrafttreten des Gesetzes ein Gesuch um erleichterte Einbürgerung stellen. Danach gilt die Altersgrenze von 25 Jahre. Es kann damit durchaus sein, dass die Zahl höher wird.

# Bundesbeschluss über die Schaffung eines Fonds für die Nationalstrassen und den Agglomerationsverkehr

## Finanzierungssicherheit für die Strasse – der NAF

Auf der Strasse werden rund 90% der Menschen in unserer Schweiz befördert. 80% aller Güter für die Einwohner holt und bringt der Lastwagen. Viele Jahre wurde der Strassenverkehr durch rot-grüne Kreise richtiggehend verteufelt. Für die Schiene wurde ein Finanzierungsfond (Fabi) gesetzlich verankert. In den vergangenen zwei Jahren hat auch der Bundesrat gemerkt, dass die Strasseninfrastrukturen «verludern». Auch der Politik wurde klar, dass man die Mobilität in unserer Schweiz nur durch den Strassenverkehr sichern kann. Im Februar stimmen wir deshalb über den Fonds für die Strasse «NAF» (Nationalstrassen und Agglomerationsfond) ab. Mit diesem Fonds sichern wir längerfristig den Bau und den Unterhalt der Strassen. Mit dem NAF kann das Autobahnnetz endlich fertig gestellt werden. Die nervigen, umweltbelastenden Engpässe müssen endlich beseitigt werden.

Der Tourismus erarbeitet einen ansehnlichen Anteil am Volkseinkommen. Der Tourismus funktioniert aber nur mit sicheren und schnellen Verkehrswegen. Moderne Ver-

*Nur mit diesem «Opfer der Strasse» aber war es möglich, diesen dringend notwendigen «NAF» durch das Parlament zu «boxen».*



Die nervigen, umweltbelastenden Engpässe müssen endlich beseitigt werden, Nationalrat Ulrich Giezendanner, Kanton Aargau.

kehrswege sind die Basis für eine florierende Volkswirtschaft. Dieser Fonds ermöglicht auch die Umsetzung des Netzbeschlusses. Rund 400 Kilometer Kantonsstrassen werden in das Nationalstrassennetz aufgenommen. Die Kantone beteiligen sich ab 2020 mit 60 Millionen Franken am genannten Fonds. Ein Lichtblick für die Regionen.

Das Volk hat die Erhöhung der Vignette abgelehnt. Richtig! Wie also soll der neue Fonds finanziert werden? Die Automobilsteuer (rund 400 Mio.) fliesst neu in diesen Fonds. Alle Erträge aus dem Mine-

raloelsteuerzuschlag und 10% der Mineraloelsteuer (ca. 650 Mio Franken) kommen in den Fonds. Ein Wermutstropfen ist die Erhöhung des Benzinpreises um 4 Rappen. Nur mit diesem «Opfer der Strasse» aber war es möglich, diesen dringend notwendigen «NAF» durch das Parlament zu «boxen».

Die Erhöhung erfolgt aber erst, wenn die Reserven des NAF aufgebraucht sind. Glaubt man den Prognosen des Bundes, dann wird das ca. 2020 der Fall sein.

Ein Fonds garantiert eine langfristige Planung von neuen Infrastrukturen. In unserer Demokratie

kann praktisch gegen jedes Projekt eine Einsprache gemacht werden. Auch deshalb muss leider bei uns sehr langfristig geplant werden. Wenn die Baubewilligung endlich erteilt wird, dann fehlt meistens das Geld.

Im Jahr 2007 hatten wir rund 2000 Staustunden auf der Strasse. Heute sind es rund 21'000 (!) Staustunden. Die Folgekosten dieser Staus belasten die Volkswirtschaft mit mehr als 2 Milliarden Franken. Diese Kosten belasten weitgehend die Privatwirtschaft und damit den Arbeitsplatz Schweiz. Wie wollen wir Arbeitsplätze erhalten oder gar schaffen, wenn Menschen und Material im Stau stehen? Der NAF hilft mit, dass endlich die Rahmenbedingungen für die Schweizer Wirtschaft ein wenig verbessert werden.

In unserem Land werden Randregionen durch Strassen mit den Städten verbunden. In den 60er Jahren haben verantwortungsbewusste Politiker gemerkt, dass die Strassen den Wohlstand in alle Regionen bringen. Wir haben endlich die Chance, diese gescheiterte Politik weiterzuführen. Der NAF ist ein wichtiger Teil für eine erspriessliche Zukunft der Schweiz.

## Interview mit Nationalrat Ulrich Giezendanner, Kanton Aargau

*Redaktion: Bei dieser NAF Abstimmung kommt einem unweigerlich die Abstimmung vom 5. Juni 2016 für eine faire Verkehrsfinanzierung, genannt Milchkuh-Initiative in den Sinn. Die wurde ja bekanntlich abgelehnt. Und nun ganz nach dem Motto «lieber den Spatz in der Hand, als die Taube auf dem Dach?»*

**UG:** Die Milchkuhfinanzierung war eine viel umfassendere Vorlage. Die Initianten der Milchkuhinitiative hätten diese zurückgezogen, wenn der Bundesrat den NAF mit Fabi zusammen vor das Volk gebracht hätte. Das war eine bundesrätliche Zwängerei.

*Trotzdem werden Steuerabgaben von Autofahrer nach wie vor für andere Zwecke eingesetzt. Der Nachgeschmack bleibt; Autofahren werden mit der Benzinpreiserhöhung noch tiefer in die Taschen greifen müssen.*

Bei der Milchkuhinitiative hat das Volk entschieden, dass nicht alle vom Individualverkehr bezahlten Steuern und Abgaben in den Verkehr zurück fließen dürfen. Das haben wir zu akzeptieren. Tatsächlich müssen die Autofahrer einen weiteren Obolus leisten. Ich hatte im Parlament einen Gegenantrag gestellt. Leider ohne Erfolg. Der NAF ist aber trotz diesem «Wermutstropfen» ein Erfolg.

*Die Gegner dieser Initiative sind der Meinung, dass trotz höheren Geldreserven im NAF, die Schweiz und somit das Nationalstrassennetz nicht unendlich ausgebaut werden kann. Was meinen Sie dazu?*

Die Gegner der Vorlage sind grundsätzliche, grün rote Fundi's. Sie wollen die Realität gar nicht sehen.

*Auch im Kanton Luzern nimmt der Verkehr fast wöchentlich zu. Die Autobahn zwischen Luzern und Zug droht bald zu kollabieren. Mit welchen Massnahmen können denn solche Staus in Zukunft verhindert werden?*

Es ist ganz einfach. Die Infrastrukturen (Kapazitäten) müssen den Bedürfnissen des Verkehrs angepasst werden. Mit Verkehrsverhinderung erreicht man gar nichts. Wenn mehr Leute in unsere Schweiz kommen, dann braucht die Schweiz mehr Strassen.

*Sie sagen es; diese Massnahmen müssen finanziert werden. Folgende Frage taucht immer wieder auf: «wann werden unsere Tunnels für die EU-Wirtschaft kostenpflichtig? Die Nachbarländer haben das längst eingeführt. Ja, im Ausland kennt man die Tunnelmaut. Meistens aber haben diese Länder keine Vignette.*

Wenn eine Familie einmal durch die Schweiz fährt, zahlt sie Fr. 40.–. Die Tunnelmaut wird sicher ein Thema. Der Bundesrat will nun ja die elektronische Vignette einführen, d.h. dass eine allfällige Tunnelmaut so erfasst werden könnte.

*Wenn Sie nun wünschen könnten; wie soll das Strassenverkehrsnetz in 20 Jahren aussehen?*

Es muss so angepasst werden, dass keine Stau's mehr entstehen.

*Und wie wird es realistisch in 20 Jahren aussehen, sollte die Vorlage NAF abgelehnt werden?*

Wenn der NAF abgelehnt wird, dann folgt der längst eingeleitete Verkehrsinfarkt. Die Schweiz wird unattraktiv, unsere Wirtschaft leidet noch mehr, Arbeitsplätze werden weiter verlagert.



# KANTON LUZERN

## SVP Kanton Luzern ergreift Referendum

Erneut will der Kanton Luzern mit den Steuern rauf. Die letzte Steuererhöhung war im 2014 von 1.5 auf 1.6 Einheiten. Die Regierung hat damals gesagt, dass diese Steuererhöhung nur für die nächsten drei Jahre begrenzt sei. Nun müssten die Steuern also wieder gesenkt werden. Doch sie geht den anderen Weg, nämlich nicht runter sondern auf 1.7 Einheiten rauf.

Im SVP Luzern TV meint Kantonalpräsident Franz Grüter; man lese in den Zeitungen von einem Kahlschlag gegenüber der öffentlichen Hand, wenn man die Steuern nicht erhöhen würde. Zahlen, Daten und Fakten sprechen hier aber eine andere Sprache.

Es sei zwar im Kanton Luzern mit dem «KP 17» von einem Sparprogramm die Rede. Das einzige, was bei diesen Debatten und Sessionen im Kantonsrat jedoch mit sparen zu tun hat, ist höchstens der Titel und der Begriff dazu.

*Die normalen Bürgerinnen und Bürger verstehen unter «sparen», dass sie weniger Geld ausgeben dürfen wie vorher.*

Nationalrat Franz Grüter

Sie müssen also ihre Ausgaben reduzieren. Das sieht die Regierung im Kanton Luzern etwas anders. Wenn hier von sparen die Rede ist dann davon, dass der Prozentanstieg vom Wachstum der Ausgaben reduziert werden soll.

Im Kanton Luzern werden trotz sogenannten Sparmassnahmen, Konsolidierungsprogramme und wie die auch immer genannt werden, über 3% mehr ausgegeben, als noch im alten Jahr. Für den gesamten Bereich Bildung beträgt das Wachstum 2.6%. Dies würde zuhause am Mittagstisch zu Diskussionen führen. Davon bin ich überzeugt.

Niemand hat hier in der Regierung den Mut, ein richtiges Sanierungs-

### REFERENDUM gegen die Steuererhöhung 2017 im Kanton Luzern

## Nein, nicht auch noch höhere Steuern



programm vorzuschlagen, wo wirkliche Änderungen zur Folge haben würden. Man möchte dieses Problem mit einer Steuererhöhung lösen. Das kann nicht der Weg sein, meint Franz Grüter weiter. Die SVP hat das fakultative Referendum ergriffen und ist aktuell noch am Unterschriften sammeln, damit diese Steuererhöhung vors Volk kommt.

Felix Howald, Präsident der Industrie und Handelskammer im Kanton Luzern bringt es in einem weiteren Interview auf den Punkt.

*Das Budget der öffentlichen Hand muss immer knapp sein. Wenn plötzlich genügend Mittel zu Verfügung stehe, dann werden die auch ausgegeben.*

Felix Howald, Präsident, IHZ

Wenn man nun aber den Indikator «Pro Kopf Ausgabewachstum» anschaut, ist eine Steuererhöhung noch nicht nötig. Howald mit der Industrie und Handelskammer

steht noch immer für eine Politik der knappen Kasse ein!

#### Parteipolitik statt Grundsätze

In der Luzerner Zeitung Ausgabe vom 5. Januar 2017 wiederholt Felix Howald weiter, dass eine Steuererhöhung das Ultima Ratio sei. Dies sei aber aktuell nicht der Fall, da es auf der Ausgabeseite Potenzial gebe. Roland Vonarburg, Präsident Gewerbeverband äusserte sich in der gleichen Ausgabe, dass er keine Freude an einem JA zu höheren Steuern hätte. Trotzdem sieht es momentan danach aus, dass die beiden mächtigsten Wirtschaftsverbände ihren Mitgliedern eine Stimmfreigabe empfehlen. Nationalrat Felix Müri erstaunt dies nicht. 80 Prozent der Mitglieder seien FDP- und CVP-Politiker. Sie seien zu stark in die Parteipolitik involviert.

*Eine Stimmenthaltung ist ein deutliches Zeichen gegen eine Steuererhöhung!*

Nationalrat Felix Müri

Nationalrat und Kantonalpräsident Franz Grüter bestätigt seinen Parteikollegen Müri. «Parteien und Regierung versuchen bei den Verbänden stark Einfluss zu nehmen.»

Interessant der Kommentar von Lukas Nussbaumer, Journalist und Ressortleiter in seiner eigenen Zeitung. Dass Gewerbler und Wirtschaftsvertreter von ihrer ursprünglichen Haltung abrücken, habe einen Grund. Das Referendum gegen die Steuererhöhung komme von der falschen Seite, nämlich von der SVP, ist sich Nussbaumer sicher. Parteipolitik spiele im Kanton Luzern eben noch immer eine grosse Rolle. Lieber werden eigene Grundsätze über den Haufen geworfen, als der SVP Erfolge zu ermöglichen. (Zitat Lukas Nussbaumer)

Da haben wir es doch wieder. Die Gratwanderung zwischen Parteipolitik und Vernunft!

Redaktion SVP Kurier  
Quelle: Luzerner  
Zeitung

**Wir sind auf Ihre Unterschrift angewiesen. Bitte senden Sie uns die Unterschriftenbogen auf dem schnellsten Weg zurück!**



## «AUF EIN BIER, MIT DIR»

### – Heute mit Lisa Zanolla, Unternehmerin

*Wo sind wir hier und warum gerade in diesem Lokal?*

Crazy Cactus, Tex Mex Restaurant und Bar, Luzern.

In diesem Lokal fühle ich mich einfach wohl. Bin öfters mit meinem Mann, Freunden und der Fraktion hier. Die Bedienung wie auch die Wirtin sind sehr freundlich und aufmerksam. Ich fühle mich hier in einer ungezwungener Atmosphäre.

*Du führst seit Jahren mit deinem Mann Eugen den Schaustellerbetrieb «Zanolla». Wann warst du das letzte mal selber auf einer Bahn?*

Bei der «Lozärner Mäas 2016». Für mich ist es allseits alltäglich diese Fahrgeschäfte auszuprobieren und den Adrenalin-Kick in mir zu verspüren.

*Wie viele Monate im Jahr bist du unterwegs?*

Unsere Saison startet im März und endet Ende November. Also 9 Monate auf Tour.

*Als Schaustellerin bist du mitten in den grossen Anlässen. Wie empfindest du die Zufriedenheit, oder eben auch Unsicherheit bei den Bürgerinnen und Bürger?*

Man verspürt, dass die Bevölkerung öffentliche Anlässe und Veranstaltungen mit einer gewissen Vorsicht und denn noch mit grosser Freude das Fest besuchen. Auffällig aber ist, dass immer mehr jüngere Jugendliche ohne Aufsichtsperson unterwegs sind.

*Hast du ein spezielles Erlebnis zu erzählen?*

Es gibt in meinem Leben viele Erlebnisse (schöne wie auch traurige). Aber was ich bestimmt nie vergessen werde war, als ich unter anderem mit alt NR Josef Kunz mit antiken Traktoren im Konvoi durch die schöne Luzerner-Landschaft fuhr.

*Hast du neben Politik und der Firma Zanolla noch andere Hobbys?*

Ja bestimmt. Ich bin ein sehr musikhilfreudiger Mensch und gehe daher



gerne mit meinem Mann und Freunden an Konzerte und Veranstaltungen. Aber auch das Reisen in ferne Länder und das kennenlernen anderer Kulturen und Lebensstile faszinieren mich.

*Für was gibst du gerne Geld aus?*

An und für sich bin ich eher ein sparsamer Mensch. Für ein gutes Essen wie aber auch für schön Wohnen gebe ich gerne etwas mehr Geld aus.

*Wenn sollen wir als nächstes befragen und warum gerade diese Person?*

Ich schlage Jasmin Ursprung vor. Sie ist eine junge sympathische und dynamische junge Frau. Engagiert sich zukunftsorientiert. Sie ist neu die Präsidentin der SVP Wahlkreis Luzern-Land und ich bewundere sie für ihren Mut und den Tatendrang den sie an den Tag legt.

# AS Holz

Allgemeine  
Schreinerarbeiten  
aus Holz

[www.asholz.ch](http://www.asholz.ch)

AS Holz / Beat Rast / Bergboden 4 / 6110 Wolhusen

079 758 88 33 / 041 500 18 63 / [info@asholz.ch](mailto:info@asholz.ch)



## ORTSPARTEIEN

### Ortspartei Wauwil – 20-jähriges Jubiläum in Wauwil

**Nach ihrer Generalversammlung öffnete die SVP Ortspartei Wauwil die Türen für die neugierigen Gäste. Die Treichler Gruppe Mauensee führten die Gastreferenten und Nationalräte Franz Grüter und Roger Köppel in ein volles Clubhaus.**



Gastgeber und abtretender Ortsparteipräsident Geri Klein mit Gastredner Roger Köppel.

Der zurückgetretene Ortsparteipräsident Geri Klein begrüßte die Anwesenden gleich mit den Worten: «vor 20 Jahren wurde man als Gründer einer SVP Ortspartei im Dorf verachtet. Da hast du es heute leichter Franz. Wer sich damals, in den Jahren nach der EWR-Abstimmung 1991 öffentlich zur SVP bekannte, musste in der Gemeinde mit Ge-

genwind rechnen». Die Zeit nach der Parteigründung sei nicht einfach gewesen, sagte der langjährige Präsident Klein weiter. Doch der Einsatz für die Partei habe sich gelohnt.

Mit dieser Aussage, gab Geri Klein dem Kantonalpräsidenten Franz Grüter den Steilpass.

Er könne sich sehr wohl an die Worte von Geri erinnern, meinte Grüter. Die dazumal, wohl noch bürgerlichen CVP Vertreter, befürchteten einen Angriff auf den Dorffrieden, wenn eine SVP Ortspartei gegründet wurde. Wer vor 20 Jahren eine SVP-Ortspartei gründete, musste Rückgrat beweisen, ist sich Grüter bewusst. Nun sind wir die wählerstärkste Partei im Kanton – dank Leuten wie euch!

#### **Roger Köppel's Elternhaus war CVP – also total unpolitisch**

Er gehöre nicht zu denen, die seit 20 Jahren den «Grind» hergehalten habe. Er fühle sich sehr ge-

ehrt, als Rekrut von mutigen Aktivdienst-Veteranen eingeladen worden zu sein. Dazumal wollte man die Schweiz auf den Abfallhaufen der Geschichte werfen. Die Classe Politique wollte der EU beitreten, die Armee abschaffen, den Staat und die Sozialleistungen ausbauen, unkontrollierte Zuwanderung fördern.

Damals habe man die Welt als globale Lichterkette gesehen, in der sich alle gerne haben und sich gegenseitig mit Pulswärmern die Rücken massierten. Politik sei nichts anderes gewesen als eine Form von Psychotherapie, in der sich am Schluss alle lieb haben, fasste Köppel die letzten zwanzig Jahre kurz zusammen. Er habe grössten Respekt vor jenen, die damals gegen diesen Zeitgeist angetreten seien und gesagt hätten, dass die Schweiz in die falsche Richtung laufe und dass es mit der EU nicht gut komme. Diese Bürger haben den Mut gehabt, sich gegen diese Gefahren und Missständen zu wehren. Dieser Mut habe sich gelohnt. Die SVP habe die politische Meinungseinheitsfront von damals aufgebrochen.

Er kam erst sehr spät in die Politik,

führte Köppel sein Referat weiter. Das Elternhaus war von der CVP geprägt, mit anderen Worten sei er unpolitisch aufgewachsen, scherzte und entschuldigte er seinen späten politischen Einstieg. Er könne jedoch von sich behaupten, dass wenn jemand 5 Jahre eine Sendung wie Roger gegen Roger durchgehalten habe, ebenfalls einer Ochsentour unterlaufen sei. Eine politische Radiosendung mit Roger Schawinski, die es in sich hatte. Radio 1 Inhaber Schawinski hat diese Sendung beendet, da er Köppel keine weitere politische Plattform bieten wollte. Schawinski ist heute Moderator im von uns mit Gebühren getränkten Staatsender SRF. Notabene der Sender, der vor allem von Linkspolitiker besetzt, belagert und ausgenutzt wird. Roger Köppel begeisterte die Gäste über eine Stunde lang. Seine Rede über den journalistischen Lebenslauf, wie auch über seine politische Motivation wurde im Clubhaus zum rhetorischen Leckerbissen.

Roland Staub, Presseverantwortlicher SVP Wahlkreis Willisau

## SVP Donatoren erkunden Salzbergwerk

In den Salzminen wird seit 1684 ein hochwertiges Salz gewonnen. In einem Zug, wie ihn die Minenarbeiter auch heute noch benutzen, wurde das riesige unterirdische Labyrinth befahren. In den Galerien tief im Berg, konnten die unterschiedlichen, von einfachen bis spektakulären Abbautechniken der Salzgewinnung bestaunt werden. Abgerundet wurde der sonnige Tag mit einem Besuch eines Weinguts in Aigle. Die Wahlkreispartei bedankt sich auf diesem Weg bei den Donatoren für die jährliche Unterstützung.

Willi Knecht, Präsident SVP Wahlkreis Willisau



Traditionellerweise fuhren die Donatoren der SVP Wahlkreis Willisau im Oktober mit einem voll besetzten Bus in den Kanton Waadt und besuchten das Salzbergwerk von Bex.

## SVP gründet Ortspartei in Ermensee

Im Wahlkreis Hochdorf konnte am 19.11.2016 unter den Augen von einigen interessierten Einwohnerinnen und Einwohner mit Ermensee die 72. Ortspartei gegründet werden. Kantonalpräsident und Nationalrat Franz Grüter lässt es sich natürlich nicht nehmen und gratulierte dem neuen Ortsparteipräsidenten Armin Müller und seinem Vorstand Daniel Küttel (Kassier) und Kurt Elmiger (Aktuar) persönlich. «Es habe sich wieder ein weisser Fleck auf der Landkarte – ohne SVP Ortsparteien – verabschiedet. Eine Ortspartei ist in einer Gemeinde immer die Basis, um politische Stimmen beim

Bürger abzuholen und natürlich auch zu erreichen», ist Nationalrat Grüter überzeugt. Mit Stolz überreichte Wahlkreispräsident und Kantonsrat Fredy Winiger die ausgearbeiteten und unterzeichneten Statuten dem neuen Präsidenten Armin Müller.

Ermensee, mit ihren ca. 950 Einwohnerinnen und Einwohner hat sich stark entwickelt. Sollte sich die neue Ortspartei so entfalten, wie der bekannte Ermenseer Wein «Römergold», können wir in Zukunft mit Freude nach Ermensee blicken, meinte Grüter zum Schluss und bedankte sich bei allen Helferinnen und Helfer für



die zukünftige politische Arbeit in der Gemeinde, für einen gesunden Kanton Luzern sowie für eine

unabhängige und eigenständige Schweiz.

Redaktion SVP Kurier

## JUNGE SVP

### Vom Ausländer zum Vorstand der JSVP

**Gemäss Statuten steht die Mitgliedschaft in der JSVP Luzern jeder Person zwischen 16 und 35 Jahren offen. Einzige Bedingung dafür ist, dass sich die Mitglieder mit unseren politischen Zielen identifizieren können müssen. Dass die Positionen der JSVP durchaus auch für Personen mit Migrationshintergrund attraktiv sein können, zeigt der Beitrag von Michal. Er ist seit 2 Jahren im Vorstand der JSVP Luzern.**

Mein Name ist Michal Plocica und ich bin in der Slowakei geboren und aufgewachsen. Ich bin Ende 2013 als junger Absolvent der Zahnmedizin in die Schweiz gekommen. In der Schweiz angekommen, habe ich mich gefragt, warum die Schweiz verglichen mit dem Ausland so erfolgreich ist. Hat es damit zu tun, dass die Schweiz nicht in der EU ist? Wer prägt diese Ideen? Schliesslich gibt es hier als Staatsführer keinen Präsidenten, so wie ich dies von meinem Land gewohnt war. Den Namen Blocher habe ich zum ersten Mal von meiner bereits in der Schweiz lebenden Tante gehört. Sie lebt hier schon seit mehr als 10 Jahren. Als wir einmal die Nachrichten im Fernsehen gesehen haben, erwähnte sie: «Das ist Herr Blocher, er ist gegen Ausländer.»

Über Christoph Blocher habe ich mich später ausführlich via Youtube informiert. Vor allem Videos aus frühen 90er-Jahren, als er gegen den EWR-Beitritt gekämpft hatte. Ich habe gesehen, dass er

auch das Unternehmen EMS Chemie erfolgreich führte. Durch seine Sendung Teleblocher habe ich mich nach und nach mit den Positionen der SVP vertraut gemacht, und so mehr über das Schweizer Politsystem erfahren. Schlussendlich habe ich mich entschieden, dass ich Leute aus der SVP kennenlernen wollte. Es ist nicht einfach, ohne Bekannte in einem fremden Land zu leben.

Ich hatte also eine E-Mail an die JSVP Luzern geschickt, dass ich in meiner Freizeit für die Partei arbeiten möchte. Als ich zu Beginn keine Antwort erhalten habe, habe ich wirklich gedacht, dass mich die JSVP ablehnt weil ich ein Ausländer bin. Nichtsdestotrotz habe ich mich dann bei der «grossen» SVP Luzern angemeldet. Der Mitgliederverantwortliche für die Stadt Luzern hat mir auch sofort eine Rückmeldung gegeben. Ab sofort war meine Adresse in den Informationssystemen der SVP hinterlegt, und ich wurde regelmässig informiert wann wo welche Veranstaltungen der SVP stattfinden.

An zahlreichen Veranstaltungen habe ich die Gelegenheit gehabt, sehr interessante Leute kennenzulernen. Schlussendlich hat es mich dann trotzdem in die JSVP Luzern verschlagen. Inzwischen bin ich in der JSVP Luzern zuständig als Kassier. Nebst der Buchführung habe ich hier die Möglichkeit, politische Erfahrungen zu sammeln und meine Ideen einzubringen. So bin ich unter anderem auch für das Fundraising zuständig und Sorge so dafür, dass der JSVP Luzern die finanziellen Mittel zur Verfügung stehen, welche sie für ihre politische Arbeit benötigt. Wann immer möglich, nehme ich an den Delegiertenversammlungen der JSVP Schweiz teil. Diese Einblicke in

die internen Strukturen einer jungen Partei helfen mir, das Erfolgsmodell Schweiz zu verstehen. Bei Unterschriftensammelaktionen und Standaktionen macht es mir Spass, mich auch mit politisch anders gesinnten Personen zu unterhalten, um deren Positionen und Überlegungen zu verstehen. Die Funktion des Kassiers ist nicht mein höchstes Ziel. Gerne würde ich in Zukunft mich weiter für diese direkte Demokratie engagieren und mich unter Umständen auch in einem politischen Amt aktiv an der Gestaltung der Schweiz beteiligen. Die JSVP gibt mir die Möglichkeit, genau diese politischen Erfahrungen zu sammeln.





**Zum Schluss noch dies:**

## Sind Aufklärungen und Meinungs- äusserungen verboten?

**Der Fall der 42-Jährigen Kenianerin, die ihr Einbürgerungsgesuch nach einem SVP-Flugblatt zurückgezogen hatte, sorgte für Schlagzeilen.**

**Die Ostafrikanerin kam durch Heirat mit einem Marbacher vor 16 Jahren in die Gemeinde. 2011 verstarb ihr Mann. Im letzten Jahr wollte sie nun eingebürgert werden. Die Einbürgerungskommission kam zum Schluss, dass einer Einbürgerung nichts im Wege stehe und hat sie gegenüber den Bürgerinnen und Bürger vom Escholzmatt für die nächste Gemeindeversammlung empfohlen.**

Die SVP Ortspartei Escholzmatt mit ihrem Präsidenten Fritz Gerber hat dies etwas anders gesehen.

Mit einem Flugblatt stellte die Partei den Stimmbürgerinnen und Stimmbürger ihre andere Sichtweise dar. Darin stand, dass die 42-Jährige sich mehrmals unsittlich und anstössig

in der Öffentlichkeit benommen habe. Es sei auch bekannt, dass sie zu jeder Tages- und Nachtzeit männliche Besucher empfängt.

Die Person empfängt nicht ganz freiwillig immer wieder die Polizei zuhause und habe offensichtlich ein Alkoholproblem.

Es sind durchaus Eigenschaften, welche nur im Entferntesten mit

einer intakten Integration zu tun haben. Für eine Entscheidungsfindung, ob die Person eingebürgert werden soll oder nicht ist dieses Flugblatt nicht nur hilfreich, sondern zwingend. Gemäss Fritz Gerber gehe es nicht darum, gegen eine bestimmte Person Hetze zu betreiben. Der Gemeinderat habe die Bevölkerung nicht korrekt über die Gesuchstellerin informiert. Aus diesem Grund mussten wir dies übernehmen. Die Luzerner Jungsozialisten drohten danach mit einer Strafanzeige. Offensichtlich gegen einen Verstoß gegen das Ras-



sismus-Gesetz. Gerber müsse sich öffentlich entschuldigen. Dazu kam es aber nicht. Es bestehe kein Grund zur Entschuldigung. Diese Person aus Marbach sei ganz klar nicht integriert und erfülle die gesetzlichen Anforderungen des kantonalen Bürgerrechtsgesetz in keiner Art und Weise. Wo sind wir gelandet. Möchte man ein Urteil oder eine Empfehlung einer Behörde widerlegen oder beurteilt dies anders, könnte man mit dem Rassismus-Gesetz konfrontiert werden?!

Redaktion SVP Kurier (Quelle LZ)



Zisternen- und Holztransporte  
Mätteliguëtstrasse 11b  
CH-6105 Schachen/LU



Telefon 041 497 43 22 • Fax 041 497 43 28 • Mobile 079 642 98 80  
E-Mail [otto.husmann@bluewin.ch](mailto:otto.husmann@bluewin.ch)

## KALENDER

### Februar 2017

12. Feb.	Eidg. und kant. Abstimmung
16. Feb.	Sitzung Parteileitung PL
17. Feb.	Fraktionssitzung
18. Feb.	SVP-Jasscup
27. Feb.	Session National- und Ständerat
28. Feb.	Fraktionssitzung

### März 2017

07. März	Fraktionssitzung
07. März	Treffen SVP-Bundeshausfraktion mit den kant. Fraktionspräsidenten
13. März	Treffen Bundesrichter
16. März	Sitzung Parteileitung PL
18. März	Kundgebung "Wir sind Direkte Demokratie" Bundesplatz Bern
22. März	kant. Fraktionssitzung
23. März	Ortsparteipräsidentenkonferenz inkl. Parteileitung
24. März	Parteileitung mit Sekretären
25. März	eidg. Delegiertenversammlung
25. März	Landwirtschaftskommission; Güggeli-Plausch, Schützenhaus Menznau
27. März	Session Kantonsrat
30. März	kant. Delegiertenversammlung

### April 2017

11. April	Sitzung Parteileitung PL
29. April	Konferenz der SVP Schweiz mit den SVP Regierungsräten

## ! Voranzeige

### Datum jetzt schon reservieren:

Am 20. Mai 2017 findet die grosse Jubiläumsfeier **25-Jahre SVP Kanton Luzern** statt!



## Jetzt Mitglied der SVP werden!

Die SVP setzt sich dafür ein, dass unsere Schweiz für uns und unsere Nachkommen auch in Zukunft noch ein Zuhause ist. Tragen auch Sie die klaren bürgerlichen Werte mit und entscheiden Sie sich für Wohlstand, Arbeitsplätze und eine sichere Zukunft in Freiheit!

**Die SVP hat einen Vertrag mit dem Volk unterzeichnet, dem wir uns verpflichtet fühlen. Der Vertrag besagt:**

- **Wir wollen der Europäischen Union nicht beitreten**
- **Wir wollen die kriminellen Ausländer ausschaffen**
- **Wir wollen für alle die Steuern senken**

Setzen Sie ein Zeichen für die Schweiz und den Kanton Luzern.

Stärken Sie die SVP durch Ihre Mitgliedschaft. Herzlichen Dank!



**Die SVP kämpft als einzige Partei für Freiheit und Unabhängigkeit und sagt entschieden Nein zum schleichenden EU-Beitritt der Schweiz.**

**Unterstützen Sie uns dabei!**

Setzen Sie sich ein für Freiheit und Unabhängigkeit.

- Ich möchte mich zuerst näher informieren. Bitte senden Sie mir Ihre Parteiunterlagen zu.  
 Ich möchte sofort Mitglied der SVP werden.  
 Ich möchte der SVP einen Spendenbeitrag zukommen lassen.

Vorname  Name

Strasse  PLZ/Ort

E-Mail  Telefon

Geb.-Datum  Unterschrift

Ausschneiden und senden an: Schweizerische Volkspartei des Kantons Luzern SVP, Postfach 12, 6276 Hohenrain oder per Fax an 041 250 67 66 oder Internet: [www.svplu.ch](http://www.svplu.ch)  
 Spenden auf PC-Konto 60-29956-1

